



## Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

### **Zahnärztliche und kieferorthopädische Unterversorgung verhindern - Landes Zahnarztquote einführen, mehr Weiterbildungsangebote entwickeln**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest,
  - a. dass eine Unterversorgung bei der zahnärztlichen und kieferorthopädischen Versorgung bereits eingetreten ist.
  - b. dass die Empfehlungen der Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV) des Landes Sachsen-Anhalt zur Verhinderung einer Unterversorgung durch die Landesregierung nicht aufgegriffen werden und dies bei der KZV zu einer deutlichen Verärgerung geführt hat.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
  - a. bei den Gesprächen über länderübergreifende Lösungsansätze und Maßnahmen auf ministerieller Ebene auch die KZV Sachsen-Anhalt als Träger des Sicherstellungsauftrages einzubeziehen.
  - b. eine Landes Zahnarztquote erneut zu prüfen, mit der sich Bewerber:innen um einen Studienplatz verpflichten, für einen festzulegenden Zeitraum nach Studienabschluss in Sachsen-Anhalt zu bleiben.
  - c. die von der KZV finanzierten Studienplätze an der Universität in Pécs mit Landesmitteln aufzustocken.
  - d. Möglichkeiten der zentralen und dezentralen zahnmedizinischen Versorgung zu prüfen und zu entwickeln (z. B. zahnmedizinische Versorgungszentren in kommunaler Träger-

schaft, Medizinische Versorgungszentren in der Trägerschaft von Zahnärzt:innen, Förderung mobiler Zahnarztpraxen).

- e. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Liberalisierung der Niederlassung von Zahnärzt:innen und Kieferorthopäd:innen zugunsten einer sog. Bedarfszulassung zurückgenommen wird.
- f. in Zusammenarbeit mit der KZV und den Ausbildungseinrichtungen im Land ein Programm zur Betreuung von Berufsanfänger:innen und zur Fort- und Weiterbildung von Zahnärzt:innen und Kieferorthopäd:innen zu entwickeln, in dem u. a. Werte, wie die Attraktivität der Versorgung von älteren Menschen, vermittelt werden.

### **Begründung**

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte die antragstellende Fraktion beantragt, die (zahn)medizinische Versorgung der Bevölkerung Sachsen-Anhalts in den Blick zu nehmen und Versorgungslücken, besonders im ländlichen Raum, entgegenzuwirken. Gleichlautende Hilferufe der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) verhallen seither unbeachtet von der Landesregierung. Unter dem Slogan „Faule Politik - faule Zähne“ protestieren die Zahnärzt:innen am 28. Juni 2023 vor dem Landtag gegen den Niedergang der Zahnmedizin in Sachsen-Anhalt.

Nach Zahlen der KZV liegt der Altersdurchschnitt der Zahnärzt:innen und Kieferorthopäd:innen im Land bei 54 Jahren. In den nächsten zehn Jahren erreicht die Hälfte der Zahnmediziner:innen das Rentenalter. Diesen Zahlen stehen jedes Jahr 40 Studienanfänger:innen an der Martin-Luther-Universität entgegen. Neue Zahnärzt:innen und Kieferorthopäd:innen stehen damit ohnehin erst in einigen Jahren zur Verfügung - wobei nicht jede:r Absolvent:in in Sachsen-Anhalt verbleibt, und folglich der Bedarf im Land bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Daher hält die antragstellende Fraktion eine Aufstockung der übergangsweise von der KZV finanzierten Studienplätze an der Universität Pécs mit Landesmitteln für geboten. Zudem hält die einbringende Fraktion eine Landes Zahnarztquote für unumgänglich.

Darüber hinaus muss die zahnmedizinische Versorgung auf dem Land gestärkt werden. Bereits jetzt gibt es Landkreise in Sachsen-Anhalt, die einen Versorgungsgrad von deutlich unter 100 % aufweisen - so der Bördekreis mit 74,6 % bei zahnärztlicher Versorgung und bei kieferorthopädischer sogar nur noch mit 36,5 % als auch das Jerichower Land mit 77,8 % zahnärztliche und 58,6 % kieferorthopädische Versorgung (vgl. Drs. 8/2635). Mit Blick auf die

Altersentwicklung wird sich diese Situation ohne Gegenmaßnahmen noch verschärfen. Praxen finden keine Nachfolger:innen und müssen so schließen.

In Reaktion auf den Antrag der vergangenen Legislaturperiode hatte die Landesregierung verschiedene Programme zur Praxisnachfolge und zum Berufseinstieg für junge Absolvent:innen angekündigt. Um die großräumigen Einzugsbereiche besser versorgen zu können, sollten die Möglichkeiten zentraler und dezentraler zahnmedizinischer Versorgung geprüft und ausgebaut werden. Dazu zählen aus Sicht der antragstellenden Fraktion insbesondere Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, mit denen auch mit einer Praxisneugründung verbundene Hemmnisse überwunden werden können, und Praxismobile. Mit Letzgenannten kann auch das zunehmende Problem der zahnmedizinischen Versorgung älterer und/oder pflegebedürftiger Menschen im Land gelöst werden.

Die Auswirkungen jahrelanger Versäumnisse bei der Absicherung der Versorgung und das Aussitzen struktureller Probleme bedürfen jetzt endlich sofortiger Maßnahmen gegen die drohende Unterversorgung.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz